

## Überlegungen zur Zukunft der Arbeit

Werner Rätz, attac AG Genug für alle

### I. Arbeit ist ein historisch gewachsenes Zwangsverhältnis

Die Debatte um Rolle und Zukunft „der Arbeit“ leidet immer daran, dass der Begriff eine ganze Reihe von unterschiedlichen, zum Teil durchaus gegensätzlichen Inhalten bezeichnen kann. So lösen sich manche Widersprüche, aber gelegentlich auch Gemeinsamkeiten, in rein sprachliche auf, die sich in der Sache gänzlich anders darstellen. Mir geht es im Folgenden nur darum, solche sprachlichen Missverständnisse auszuschließen, indem ich kläre, was ich im Rahmen dieser Debatte unter Arbeit verstehe. In einem umfangmäßig beschränkten Text kann es nicht um eine umfassende Aufarbeitung des Arbeitsbegriffs gehen (dazu wäre weiterführend Postone).

Von der Wortgeschichte her steht „Arbeit“ in den meisten europäischen Sprachen für Mühe und Anstrengung. Im deutschen Wort steckt lateinisch *arvum*, der gepflügte Acker, und auch das germanische *arba* (Knecht); im französischen *travail* ist das *tripalium* enthalten, der „Dreipfahl“, in dem Pferde beschlagen wurden, und das russische *rabot* enthält *rab*, den Sklaven (Blaschke S. 4). Es dauerte lange, bis die mit „Arbeit“ bezeichneten Tätigkeiten einer Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder selbstverständlich geworden waren, und es bedurfte vielerlei Zwang, damit das geschah (Gruppe Krisis; Engels). In vielen Weltteilen ereignet sich diese Durchsetzungsgeschichte der Arbeit erst heute. Europäer haben diese historische Entwicklung nicht selten so verinnerlicht, dass sie sie in rassistischen Formulierung wie „der faule Neger“ zusammenfassen (Gronemeyer).

In unserem Alltagssprachgebrauch benutzen wir mindestens vier verschiedene Begriffe von „Arbeit“. Zunächst einmal sprechen wir von Arbeit im Sinne von etwas tun. „Ich habe heute noch reichlich Arbeit vor mir“ ist ein im Konkreten höchst uneindeutiger Satz. Wenn wir nur ihn hören, wissen wir nicht, ob die Sprecherin jetzt bügeln muss oder einen Artikel schreiben oder einen langen Arbeitstag in der Fabrik antreten muss. Oft klingt in solchen Formulierungen noch die ursprüngliche Bedeutung von Mühe und besonderem Aufwand mit: „Das war vielleicht eine Arbeit!“, heißt in dem Sinne dann etwa, dass es besonders anstrengend war oder außergewöhnlich lange dauerte, bis das Essen fertig war. Der Wiener Sozialphilosoph Manfred Füllsack beschreibt „die menschliche Arbeit ganz allgemein als den Versuch, Probleme zu lösen“ (Füllsack 2002, S.15). Das ist keine genaue Definition, es dient einfach nur dem Zweck, alles das zu erfassen, was Menschen irgendwie so tun und für sinnvoll, nützlich, unumgänglich halten.

Ein solcher Arbeitsbegriff hat zwar den Vorteil, dass er keine der Tätigkeiten ausschließt, die Menschen subjektiv unter Arbeit verstehen könnten, und er wird ja auch tatsächlich so benutzt. Offensichtlich hat er aber auch den Nachteil, dass er nichts Spezifisches bezeichnet. Ein zur gesellschaftlichen Kommunikation tauglicher Arbeitsbegriff müsste Tätigkeiten bezeichnen, die nach allgemeiner Übereinkunft als sinnvoll und nützlich gelten. Ein solcher Begriff bildet sich kaum spontan, sondern ist eher Ergebnis bewussten Nachdenkens. Er hat viele Quellen und unterschiedliche Schattierungen, in denen aber immer ein Gemeinsames mitschwingt: Arbeit in diesem Sinne gilt als unwandelbar, durch alle Zeiten dem Menschen zugehörig, als anthropologische Konstante. Menschen haben zu allen Zeiten sich mit der Natur auseinandergesetzt, haben getan, was zur Befriedigung ihrer unmittelbaren und sehr bald auch ihrer kulturellen Bedürfnisse notwendig und möglich war. Diesen Arbeitsbegriff

finden wir etwa bei zahlreichen Gewerkschaftern, die die Notwendigkeit von „Arbeit“ gegen die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens verteidigen wollen (so z.B. Schlecht in Labournet). In diesem Sinne umfasst Arbeit also all die Tätigkeiten, die zur Entstehung von Gesellschaft beitragen. Manchmal wird der Begriff auch ein wenig eingeschränkt nur für das verwandt, was zur Produktion des gesellschaftlichen Reichtums getan werden muss.

Hier tut sich ein Spalt auf, durch den der Blick auf eine tief sitzende Ungeklärtheit fällt: Was ist das, Gesellschaft oder gesellschaftlicher Reichtum? Je nach dem, wie die Antwort auf diese Frage ausfällt, werden völlig unterschiedliche Tätigkeiten als notwendig und nützlich betrachtet. In unserer Gesellschaft hat sich dafür ein Kriterium herausgebildet, das in der Alltagssprache allgegenwärtig ist: Arbeit – und damit nützlich und gesellschaftlich anerkannt – sind all die Tätigkeiten, die bezahlt werden. Spricht jemand das aus, erntet man sofort Widerspruch: Niemand würde direkt behaupten, die Tätigkeit einer Mutter oder einer nicht berufstätigen Frau, die kranke Angehörige pflegt, sei nicht nützlich und sinnvoll. Und doch würde sich niemand wundern, wenn diese Frauen auf die Frage: „Was bist du?“ mit: „Ich bin nichts, ich bin nur Hausfrau“ antworten würden. „Arbeit“ und Erwerbsarbeit sind in unserem Verständnis eine enge Verbindung eingegangen. In diesem Sinne arbeitet die Rentnerin nicht mehr und der Jugendliche noch nicht, gleichgültig, welche konkreten Dinge sie in ihrem Alltag tun.

Und doch wird genau daran sichtbar, dass nützliche und sinnvolle Tätigkeit nicht in bezahlter Arbeit aufgeht. Vieles Nützliche wird nicht bezahlt, vieles wird bezahlt, das in keiner Weise notwendig, oft nicht einmal nützlich ist. Man denke nur an die unendliche Kreativität, die in der Werbung vergeudet wird – auch und gerade für überflüssige und schädliche Produkte wie Zigaretten oder Hamburger. Auch die Sinnhaftigkeit der Produktion von Atomkraftwerken, die eines Tages garantiert in die Luft gehen und viel mehr Schaden anrichten, als sie vorher jemals Nützliches leisten könnten, kann hinterfragt werden, ebenso wie andere Destruktivtechnologien wie Gentechnik oder Rüstungsproduktion. Trotzdem gelten sie als Arbeit und werden bezahlt, während für den politischen Aktivismus dagegen, für das Verteilen von Flugblättern und die Organisierung von Demonstrationen kein Einkommen erzielt wird. Warum ist das so? Darauf wird zurückzukommen sein, hier muss zuerst noch ein vierter Begriff von Arbeit erläutert werden: Arbeit sind all die Tätigkeiten, in deren Verrichtung regelmäßig ein größerer Wert entsteht, als die Arbeitskraft zu ihrer Erhaltung verbraucht. Arbeit in diesem Sinne ist also Wert- oder genauer Mehrwertproduktion (MEW23).

Jeder dieser Arbeitsbegriffe hat seine Berechtigung, mit jedem kann ich etwas Bestimmtes ausdrücken. Doch das ist etwas jeweils höchst Unterschiedliches. Zwar überschneiden sie sich erkennbar in bestimmten Aspekten und ebenso erkennbar passt keiner ganz in den anderen hinein; außer alle in den ersten, der uns aber nicht zur Unterscheidung der verschiedenen Tätigkeiten dienen kann, da er ja genau ihr Gemeinsames, nämlich dass sie Tätigkeiten sind, betont. Aber die Tatsache, dass Menschen sich zu allen Zeiten mit der Natur auseinandersetzen, heißt nicht, dass sie zu allen Zeiten dafür bezahlt worden wären. Und dass sie bezahlt werden, heißt nicht, dass ihre Tätigkeit Mehrwert schafft. Wir müssen also noch einmal genauer hinschauen.

Spontan und unreflektiert meint Arbeit meist Erwerbsarbeit. Dafür gibt es gute Gründe. (Zum Folgenden Exner; Rätz; Zenker, S. 10ff) Erwerbsarbeit ist nicht nur der Ort, wo diejenigen, die darüber verfügen, sich während eines großen Teils ihres Lebens aufhalten. Es ist der Ort, wo sie das Geld verdienen, das sie für die Teilhabe an fast allen anderen Lebensbereichen brauchen, und an dem sie die meisten Freunde und Bekannten finden. Für sehr viele

Menschen entscheidet sich hier auch ihre Stellung in der Gesellschaft; ob sie Sekretärin, Grundstücksmakler oder Pilot sind, prägt Erwartungen an sie und Rollenzuschreibungen ebenso wie Selbstbilder und Selbstwertgefühl. Gelingt die Berufswahl, finden wir Beschäftigung in unserem Wunschberuf, dann zeigen wir dort auch etwas von dem, was wir wirklich können und wirklich tun mögen. Selbst wenn die konkrete Tätigkeit uns nicht gefällt, ist Erwerbsarbeit ein wesentlicher Teil unseres Lebens und unserer Lebenszeit. Das prägt – manche so sehr, dass sie sich völlig mit Betrieb und Tätigkeit identifizieren, selbst wenn sie Rüstungsarbeiter oder Pressesprecherin eines Gentechnikkonzerns sind.

Hier spätestens kommt der anthropologische Arbeitsbegriff an sein Ende. Wir Menschen setzen uns zwar zu allen Zeiten und an allen Orten mit Natur und Gesellschaft um uns herum auseinander, aber wir tun es unter jeweils höchst unterschiedlichen Bedingungen. Dass auch schon vor zehntausend Jahren Menschen Bäume gefällt haben, ist kein Argument für die Abholzung der Regenwälder. Obwohl beide Tätigkeiten ähnlich erscheinen könnten, unterscheiden sie sich an einem zentralen Punkt: Die Menschen früher fällten einen Baum, weil sie Holz brauchten, heute tun sie es, weil sie dafür bezahlt werden. Würden sie für die Herstellung von Oberbekleidung oder für die systematische Beobachtung der Sterne bezahlt, täten die meisten wohl auch das. Zwar tun die Menschen ihre Arbeit nach wie vor in konkreter Form, aber der Zweck ihrer Tätigkeit drückt sich nicht mehr in dieser Form aus. Der Metzger schlachtet nicht, weil er Hunger hat, und die Taxifahrerin fährt nicht, weil sie von A nach B will. Im Einzelfall kann es diese Übereinstimmung zwischen eigenen Bedürfnissen und Tätigkeit nach wie vor geben und für die Personen, denen das gelingt, hat das eine hohe Bedeutung. Systematisch aber ist es egal.

Ausschlaggebend ist, dass Erwerbsarbeit zwei Rollen voraussetzt, so genannte Arbeitnehmer und so genannte Arbeitgeber. Die einen verkaufen ihre Arbeitskraft und die anderen bestimmen darüber, was sie nun konkret damit machen. Ihnen gehört auch das, was da in der konkreten Arbeit geschaffen wird. Das brauchen sie so wenig selbst wie die Beschäftigten es brauchen. Beide sind vielmehr darauf angewiesen, dass das Produkt (oder auch die Dienstleistung) sich an Dritte, die es tatsächlich benötigen, verkaufen lässt. Gelingt das, erhält der Arbeitgeber sein eingesetztes Kapital mit einem Gewinn zurück und kann daraus die Arbeitnehmer bezahlen und den nächsten Kreislauf starten. Misslingt es oder fällt der Gewinn deutlich kleiner aus als erwartet, dann wird es diesen nächsten Zyklus wohl kaum geben. Die Arbeitsplätze fallen weg. Vielleicht schafft der Arbeitgeber mit seinem verbliebenen Geld neue in völlig anderen, vielversprechenderen Branchen oder er leiht sein Geld jemandem, der damit eine neue Investition tätigt. Das ist aber völlig unabhängig von dem, was seine – ehemaligen – Beschäftigten arbeiten können und wollen. Es ist auch unabhängig davon, welche Produkte oder Dienstleistungen gesellschaftlich sinnvoll wären. Wenn sie niemand kauft, z. B. weil kein Einkommen, also kein Geld dafür da ist, dann werden sie nicht produziert. Wenn sie jemand kauft und der Gewinn stimmt, dann werden sie erneut hergestellt, selbst wenn sie gesellschaftlich gesehen schädlich sein sollten.

Beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, stehen unter einem äußeren Druck, der rein formal wirkt, jenseits jeglicher konkreter Beschaffenheit der Tätigkeit oder des Produkts. Der eine muss tun, was verlangt wird, weil er nur so ein Einkommen erhält, und der andere muss produzieren lassen, was verkaufbar erscheint, weil nur so ein Gewinn und damit Einkommen und reinvestierbares Kapital entsteht. In diesem Sinne ist kapitalistische Produktion reiner Selbstzweck (Lohoff, S.289). Arbeit in diesem, wertschöpfenden Sinn ist frei von jeder Konkretheit. Sie ist nicht bedeutsam als Betongießen oder Medikamente Erfinden, sondern nur weil und insoweit sie Wertschafft. Und sie ist ein Verhältnis des gesellschaftlichen Zwangs ist. Die Arbeitenden tun ihre Tätigkeit nicht, weil sie genau das wollen, weil sie die

Produkte brauchen, weil sie von der Sinnhaftigkeit ihres Tuns überzeugt sind, sondern ausschließlich, weil sie ein Einkommen benötigen, um in einer Warengesellschaft überleben zu können. Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, ob sie wollen oder nicht, und sie verlieren jede eigene Kontrolle über ihre konkrete Tätigkeit, sobald sie diesen Verkauf getätigt haben. Verweigern sie ihn, fallen sie ganz aus der Gesellschaft heraus. Der Verkauf der Arbeitskraft bestimmt ja nicht nur darüber, ob man einen Arbeitsplatz und damit Kolleginnen und Kollegen und die damit verbundenen Kontakte hat. Daran hängt auch das Geldeinkommen, das notwendig ist, um alle anderen Dinge zu kaufen, die wir benötigen. Die Möglichkeiten des Überlebens außerhalb der Warenkäufe und -verkäufe sind äußerst gering. Gesellschaft ist heute eine der Waren- und Geldbesitzer.

Gegen dieses Zwangsverhältnis hat es immer Protest und Widerstand gegeben (zum Folgenden Rätz; Paternoga; Steinbach). Zwar geht es bei der Arbeit der Beschäftigten überhaupt gar nicht darum, was sie konkret tun, sondern nur um die Verkaufbarkeit des Produkts. Dennoch ist ihre Tätigkeit für sie die Form, in der sie sich produktiv mit der Welt um sich herum auseinandersetzen. Deshalb wollen sie diesen Prozess auch so gestaltet sehen, dass sie sich darin wohlfühlen können. Damit stellen sie weder die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Frage noch die Warengesellschaft. Es geht um betriebliche Mitbestimmung, um Gestaltung der Arbeitsabläufe und Arbeitsplätze, etc. Vor allem (Betriebs)Gewerkschaften haben diese Fragen schon sehr früh aufgenommen. Man könnte dieses Bestreben »Befreiung *in* der Arbeit« nennen: Ich will eine sinnvolle Tätigkeit haben!

Der Widerspruch bleibt: Unter dem Kommando des Kapitals wird die Arbeit am möglichen und notwendigen Profit ausgerichtet und nicht daran, wie sinnvoll sie jemand finden könnte. Deshalb wollen die Arbeitenden selbst bestimmen, wie der Arbeitsprozess aussehen soll. Ihnen geht es um die Frage der Kontrolle: Wer hat zu sagen und in wessen Interesse wird gearbeitet? Wem gehören die Produktionsstätten? Das waren die klassischen Anliegen der politischen Arbeiterbewegung und ihrer Parteien, unabhängig davon, ob sie sich den Übergang schneller (so die Kommunisten) oder langsamer (so die Sozialdemokraten) vorstellten. Das Ganze könnte »Befreiung *der* Arbeit« heißen: Ich will in meiner Tätigkeit nicht fremdbestimmt werden!

Mein Vorschlag ist, über eine dritte Ebene nachzudenken. Ich habe versucht zu zeigen, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen das Zwangsverhältnis Erwerbsarbeit die Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe darstellt. Das betrifft zuerst und vor allem das Einkommen, das ohne Erwerbsarbeit (eigene oder fremde, vom Ehemann, Vater geleistete) nicht ins Haus kommt, aber auch viele andere Bereiche. Gesellschaft entsteht heute weitgehend überhaupt erst, wenn und indem Lohnarbeit stattfindet. Warum sollte zukünftig sie nicht aus freier Übereinkunft der Beteiligten hergestellt werden können? Eine solche Übereinkunft würde selbstverständlich die Notwendigkeit nicht beseitigen, dass der gesellschaftliche Reichtum immer wieder neu hergestellt wird und die dazu erforderlichen Tätigkeiten verrichtet werden. Aber zuerst bekäme jeder Mensch das notwendige Einkommen und Arbeit wäre nicht mehr Voraussetzung zur Teilhabe. Hier ginge es um eine »Befreiung *von* der Arbeit«: Ich will in Freiheit tätig sein!

Das hätte erhebliche Konsequenzen. Bisher muss jeder Arbeitsplatz verteidigt werden, sei das, was dort geschieht, noch so gefährlich, unsinnig, schädlich. Schließlich benötigen die Beschäftigten das Einkommen. Ich habe den Aspekt der Destruktivtechnologien Atomkraft, Gentechnik, Rüstungsproduktion schon angesprochen. Auch Tätigkeiten, deren ganzer Sinn darin besteht, Leuten zu erzählen, dass sie etwas kaufen sollen, was sie gar nicht brauchen, wie Werbung oder Marktforschung ausschließlich zum Zweck der Erfindung neuer

„Bedürfnisse“, können von denen kaum in Frage gestellt werden, deren Existenzen daran hängen. Da jeder kapitalistische Produzent erst mal nur für sich denken und rechnen kann und muss, kann er gar nicht anders, als für einen möglichst großen Markterfolg zu planen. Das schafft aufs Ganze gesehen Überkapazitäten in teilweise unvorstellbarem Ausmaß. Von nicht wenigen Produkten ließe sich leicht das Doppelte des tatsächlichen Bedarfs herstellen. Nebenbei: das bedeutet keineswegs, dass alle Bedürftigen auch das Notwendige bekommen, wie man leicht an der Tatsache sehen kann, dass für etwa 12 Milliarden Menschen Nahrungsmittel produziert werden, dennoch aber über 800 Millionen Menschen hungern. Dies alles geschieht nicht wegen der Schlechtigkeit der Welt, sondern weil unter gegenwärtigen Bedingungen nur so Arbeitseinkommen und Investitionskapital entstehen können.

## II. Menschenwürde wird ohne soziale Sicherheit verletzt

Eine Gesellschaft, die Erwerbsarbeit und Einkommen trennte, wäre frei, darüber nachzudenken, was sie produzieren und wie sie das tun will. Sie müsste vielleicht in die Eigentumsverhältnisse eingreifen, aber sie könnte stattdessen die Lebensverhältnisse sichern. Die Frage nach dem Notwendigen könnte dann wieder als konkrete gestellt werden, als die danach, was die Not wendet (Dieckmann). Das steht quer zu den Vorstellungen der traditionellen Arbeiterbewegung, die darauf hoffte, dass die Selbstbestimmung der Arbeit zu einer neuen Gesellschaft führen würde. Aber wie sollen diejenigen, die existenziell auf die Arbeitsplätze angewiesen sind, die Berechtigung der dort erfolgenden Produktion anzweifeln? Im Gegenteil, es liegt viel näher, dass sich die Produktionsbedingungen im Bewusstsein und Verhalten der Produzentinnen reproduzieren. Der Arbeiter, der sich selbst nach den Bedürfnissen der Arbeit bearbeitet, der sich selbst produziert, ist Gegenstand mancher postmodernen Debatte (etwa Gorz).

Also käme es darauf an, das Tätigsein auf die konkreten Bedürfnisse der Menschen und nicht die abstrakten Notwendigkeiten der Kapitalverwertung auszurichten. Dazu wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, wofür unsere AG Genug für alle bei attac ja eintritt, eine Möglichkeit. Es würde sich dabei um die Zahlung eines Geldbetrages in existenzsichernder Höhe an jedes Individuum ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsverpflichtung handeln. Ein solches Grundeinkommen wäre aber selbst nur ein Mittel und nicht das Ziel. Ein Grundeinkommen wäre ja auch nur ein Geldbetrag, mit dem man auf den Märkten etwas kaufen kann. Das ist als solches noch kein Schritt heraus aus der Waren- und Arbeitsgesellschaft und manche Autoren sehen es deshalb auch entsprechend zurückhaltend (so Trenkle). Aber die unbedingte Sicherung der Existenz würde erst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen ohne Angst über ihre wirklichen Bedürfnisse nachdenken könnten. Erst wer sich nicht mehr um jeden Preis verkaufen muss, kann die Krise als Chance für einen schöpferischen Sprung zu etwas Neuem begreifen (Paternoga S. 41f). Erst wenn die Möglichkeit seiner Verwirklichung greifbar ist, können die meisten den Gedanken annehmen, dass alle Menschen das Recht auf ein gutes Leben haben.

Ich bin überzeugt, dass das so ist. Das ist angeborenes, bedingungsloses Menschenrecht, das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch nichts. Damit widerspreche ich ganz ausdrücklich der zynischen Behauptung, es gäbe keine Rechte ohne Pflichten. Es ist nämlich so, wie der Kultursoziologe Wolfgang Engler sagt, wenn er von „Rechten, die aus nichts Anderem folgen als aus seinem Hineingeborenwerden in die Welt“ (Engler S. 126) spricht: Menschenrechte sind bedingungslos, sie niemals an irgendwelche Pflichten gebunden. Zweifellos gibt es sozial unerwünschtes Verhalten und meinethalben mag man Arbeitsunwilligkeit dazu zählen (was ich nicht tue). Solches Verhalten kann durchaus

sozialarbeiterisch bearbeitet werden. Aber das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe kann dadurch nicht verloren gehen. Aus der Arbeitsverweigerung kann keinesfalls die Konsequenz folgen, dass dem Betroffenen das Lebensminimum verweigert wird. Genau das aber sehen die Sanktionsmöglichkeiten bei HartzIV vor.

Sie sind damit nicht nur menschenrechtswidrig, sondern auch gesellschafts- und sozialpolitisch dumm. (Zum Folgenden Rätz 2005) Ich bin überzeugt, dass die heutigen Gesellschaften weltweit reich genug sind, um tatsächlich allen Menschen ein anständiges Leben zu sichern. Dabei geht es nicht zuerst um Geld und seine Verteilung. Das ist sicher auch ein Problem und Verteilungsgerechtigkeit lässt real erheblich zu wünschen übrig. Aber wenn es darauf ankommt, kann man Geld nicht essen. Eine Gesellschaft, in der genug für alle da wäre, müsste stofflichen Reichtum in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellen, und das dauerhaft, d. h. sie müsste ihn nicht nur einmal haben, sondern auch immer wieder reproduzieren können. Genau das, behaupte ich, ist heute beides der Fall.

Noch niemals gab es so viel Wohlstand auf der Welt. So werden heute schon Nahrungsmittel in einem Umfang produziert, dass sie für einige Milliarden mehr Menschen ausreichen könnten. Und das geschieht z. T. mit einer intensiven Landwirtschaft, die zwar zu Höchstserträgen der jeweiligen, für den Markt bestimmten Sorten führt, ansonsten aber nur Nachteile aufweist: Sie betrachtet nicht den Ertrag des Gesamtsystems und ist in dieser Beziehung oft herkömmlichen oder auch neuen, ressourcenschonenden Methoden unterlegen; sie führt zu größten Umweltschäden und lebt damit auf Kosten der Zukunft; sie enteignet die weitaus überwiegende Zahl der Produzentinnen und Konsumenten und nimmt ihnen damit eigenständige Ernährungssicherheit. Auch die materiellen Mittel zur Herstellung von ausreichender Bekleidung und Wohnung sind weltweit vorhanden. Heute schon leisten wir uns einen Ressourcenaufwand für weltweiten Verkehr, der in erheblich geringerem Umfang zu umfassender Mobilität ausreichen würde – wenn z. B. rein aus Kostengründen vorgenommene Transporte von Waren rund um den Globus unterbleiben und intelligente Verkehrssysteme genutzt würden. Wissen und ausgebildete Personen sind ausreichend vorhanden, um allen Menschen eine solide Bildung, eine umfassende Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen. Wir kennen Methoden der Konfliktbearbeitung, die eine friedlich(er)e Zukunft ermöglichen. Wir verfügen über Möglichkeiten schonender Energiegewinnung und könnten in gigantischem Umfang Zerstörungen durch Atom- und Gentechnik, durch Aufrüstung und Krieg, durch Überflusswirtschaft und Reklame aufgeben. Die vielseitige und umfassende materielle Versorgung der heute lebenden Menschen ist möglich. Wenn das so ist, dann gibt es menschenrechtlich gesehen keine Entschuldigung dafür, dass nach wie vor Milliarden ein sozial gesichertes Leben vorenthalten wird.

Dass diese Möglichkeiten heute verfügbar sind, hat mit der Produktivität der menschlichen Arbeit zu tun. In immer kürzerer Zeit kann das Gleiche hergestellt werden oder in gleicher Zeit ein größeres Produkt (dazu Rätz 2004). Dabei muss Produktivität deutlich vom kapitalistischen Wachstumsbegriff unterschieden werden. Hier geht es darum, dass wirklicher Reichtum geschaffen, benutzbare Produkte hergestellt, notwendige Einrichtungen getätigt werden. Die Arbeitszeit, Kraft, Fantasie, die darauf in der Vergangenheit verwandt wurden, sind nicht einfach verloren, sondern haben materielle Gestalt angenommen. Sie existieren in Maschinen, Verfahren, Wissen nach wie vor. Dieser ganze Fundus geht in jeden neuen Arbeits- und Produktionszyklus ein und wächst kontinuierlich. Im gesellschaftlichen Gesamtprodukt stellt er heute den mit Abstand größeren Anteil gegenüber der jeweiligen neuen Wertschöpfung durch neu verausgabte Arbeit. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist dagegen lediglich eine monetäre Bewertung, in ihm erscheint der Bau einer Fabrik ebenso wie ihre Vernichtung als Geldausdruck. Deshalb können auch alle Versuche, durch Umverteilung

von Geldern innerhalb des Systems soziale Verwerfungen anzugehen, keine Antwort auf die umfassende Zerstörung des Sozialen geben. Wenn es Ernst wird, kann man Geld eben nicht essen (Exner S. 251), auch wenn Umverteilungen für die Betroffenen zu erheblichen Verbesserungen ihrer Lage führen können.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität hat in den letzten beiden Jahrzehnten mit der mikroelektronischen Revolution eine neue Dimension erreicht. Sie vollzieht sich inzwischen rascher als die Aufnahmefähigkeit der Märkte wächst. Das heißt, selbst wenn wir alles herstellen, was Menschen heute brauchen und kaufen wollen und können, dann benötigen wir dafür immer weniger Arbeitszeit. Da entstehen Spielräume für umweltschonendere Verfahren, für menschlichere Arbeitsbedingungen und -zeiten, für nicht dem Markt angepasste Verhaltensweisen wie Entschleunigung und Solidarität. Auch Gedanken- und reale Experimente in Richtung Eigenarbeit (Ehlers) und „Arbeit, die wir wirklich, wirklich wollen“ (Bergmann) gehören hier hin. Dabei ist nicht einmal sicher, dass eine Umorientierung unseres Wirtschaftens weg von der Anhäufung immer größerer virtueller Geldsummen hin zur Produktion von dem, was wir wirklich brauchen, tatsächlich geringere Ergebnisse brächte. Neben den schon erwähnten immensen Einsparungspotentialen geht es hier darum, noch einen weiteren Aspekt der tatsächlichen Produktivität ins Auge zu fassen.

Sie findet nämlich keineswegs nur im Bereich der bezahlten Arbeit statt. Vielmehr sind infrastrukturelle Voraussetzungen, Wissen, indirekte Produktionsbeteiligung über die gesamte Gesellschaft verteilt. In modernen Produktionsprozessen ist es in der Regel nicht mehr möglich, den Anteil an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion einzelnen Individuen zuzuordnen. Schon gar nicht erfolgt die Bezahlung entsprechend einem solchen Anteil. Der Beitrag aller zum Gesamtprodukt ist notwendig und untrennbar ineinander verwoben. Und schließlich entsteht Gesellschaft nicht nur durch die Herstellung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen. Auch die Herstellung des in der Gesellschaft vorhandenen Reichtums geschieht nicht nur in der Produktion im Besonderen oder der Erwerbsarbeit im Allgemeinen. Vielmehr sind diese in umfassendem Maße von gesellschaftlichen Vorleistungen abhängig. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt die besondere Bedeutung der Kindererziehung und generell der Reproduktions- und Familienarbeit herausgestellt. Ohne gesellschaftspolitisches Engagement, oft als „Ehrenamt“ verniedlicht, ohne die nicht in formale Arbeitsbeziehungen gegossene neugierige Erforschung und kreative Gestaltung der eigenen Lebenswelt würde vielerlei Erwerbsarbeit gar nicht fruchtbar werden können. Würden Menschen sich nicht selbst und gegenseitig bilden und erziehen, wäre die gesamte Gesellschaft in mancherlei Beziehung funktionsunfähig. Künstlerische und sportliche Betätigung, ohne Zweifel wichtige Beiträge zur Gewährleistung von Gesellschaftlichkeit, werden in der Regel unentgeltlich vollbracht. Menschen, die solchen und anderen Tätigkeiten nachgehen, tun nicht nichts, sondern leisten – konkret höchst unterschiedliche – Beiträge zur Entstehung von Gesellschaft. Auf keinen dieser Beiträge kann verzichtet werden, ihre Diskriminierung gegeneinander darf nicht akzeptiert werden.

Wenn es auch ein menschenrechtliches Muss ist, die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und Reichtum zu gewährleisten, und wenn auch der vorhandene Reichtum dazu ausreicht, so steht deshalb doch noch nicht fest, dass der Weg dahin nicht auch über eine Beteiligung aller an der nach wie vor notwendigen Reproduktion eben dieses Reichtums gehen könnte. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, wie unsere attac-AG sie vertritt, ist so noch nicht endgültig begründet, sondern lediglich als eine Möglichkeit nachgewiesen. In der realen Debatte vertreten vor allem gewerkschaftliche Linke eine solche Position der Vollbeschäftigung durch Aufteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit

und durch Schaffung von bezahlten Stellen in Bereichen, die bisher nicht über den Arbeitsmarkt organisiert sind (etwa Gerntke S. 66f).

Die dabei regelmäßig bemühte Argumentation von der zentralen Bedeutung der Lohnarbeit im Kapitalismus übersieht, dass die im klassisch marxischen Sinne als wertschöpfend betrachtete Arbeit eben längst nicht mehr dem Muster bezahlt – unbezahlt folgt, ebenso wenig wie die Einkommen. Auch die allermeiste bezahlte Tätigkeit produziert keinen Mehrwert, sondern wird aus seiner Umverteilung entlohnt. Diese Umverteilung kann durch den Staat, etwa bei seinen Bediensteten, erfolgen oder auch in der unternehmensinternen oder gesellschaftlichen Arbeitsteilung begründet sein, indem etwa der Steuerberater (der ja keinerlei Reichtum schafft) der Werbefirma (die ebenfalls selbst nicht an der Reichtumsproduktion beteiligt ist) aus den Einkünften bezahlt wird, die diese aus der Beratung eines Maschinenfabrikanten erzielt hat. Dies ist jetzt noch ein sehr einfaches Beispiel, es lassen sich mühelos kompliziertere vorstellen. In der Tat, nur bestimmte Tätigkeiten tragen zum gesamten Reichtum der Gesellschaft unmittelbar bei, und genau die lassen sich mit immer weniger Zeitaufwand erledigen. Ansonsten ist das Einkommenssystem längst ein gigantisches Puzzle unterschiedlicher Umverteilungsprozesse. Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens zielt lediglich darauf, dies an einem zentralen Punkt transparent zu machen. Er enthält aber ansonsten diesbezüglich nichts Neues: Auch der zwecks Bezug von Arbeitslosengeld II zur ständigen Simulation von Erwerbsarbeit gezwungene Arbeitslose lebt bisher schon von Umverteilung.

Der Unterschied besteht zum einen darin, dass die Grundeinkommensbezieherin dafür nicht auch noch gedemütigt und erniedrigt würde. Zum anderen ist es nicht zuletzt diese entwürdigende Behandlung, die viele Berechtigte von vorne herein darauf verzichten lässt, Unterstützungsleistungen wie HartzIV oder Sozialhilfe überhaupt zu beantragen. So entsteht verdeckte Armut in einem riesigen Umfang (Becker; Hauser), die menschenrechtlich schwerlich zu rechtfertigen ist. Die Annahme, dem könne durch eine Einschränkung des Ermessensspielraums der die Berechtigung oder den Bedarf prüfenden Behörden entgegengewirkt werden, widerspricht aller realen Erfahrung. Tatsächlich, so der Politikwissenschaftler Michael Krätke, ist „das Recht auf ein Existenzminimum in den heutigen Wohlfahrtsstaaten an viele Bedingungen geknüpft und stets in Gefahr“ (Krätke S. 120). So gerät schon an dieser Stelle, beim Blick auf die Ärmsten, auf Umverteilung am dringendsten Angewiesenen, die Argumentation gegen ein bedingungslos gezahltes Grundeinkommen in arge Bedrängnis, wenn sie nicht die Verletzung menschenrechtlicher Standards bewusst hinnehmen will.

### III. Teilhabe muss global gedacht und verwirklicht werden

Es würde nämlich kaum darzulegen sein – und vermutlich würde auch kaum einer ihrer Befürworter es versuchen – dass eine Strategie der Vollbeschäftigung dazu führen könnte, dass es solche Bedürftigen nicht mehr gäbe. Allerdings wird mit diesem Phänomen regelmäßig so umgegangen, dass es zur Ausnahme erklärt wird, die von besonderen Lebenslagen, speziellen persönlichen Profilen, Unglücksfällen des Schicksals oder einfach der Zeit abhängig sei. Im Großen und Ganzen wird Vollbeschäftigung für möglich und notwendig gehalten (Kreutz). Dabei ist weitgehend unbestritten, dass das immense Wachstum der Produktivität weiterhin zu massiven Zeitersparnissen bei der Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums führen wird. Die würden sich sicherlich nicht einmal mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden je Woche auffangen lassen, wenn diese denn durchsetzbar wäre. Die Rationalisierungspotentiale sind so hoch, dass sie alleine mit kürzerer Arbeitszeit nicht zu bewältigen sein werden, trotzdem werden sie z. B. von Gewerkschaftern



immer wieder vorgeschlagen. Dazu wird zum einen darauf verwiesen, dass viele gesellschaftlich nützliche und notwendige Tätigkeiten heute unerledigt bleiben, weil sie am Arbeitsmarkt nicht gewinnbringend organisiert werden können. Das ist unzweifelhaft richtig. Will der Staat ihre Bezahlung sicherstellen, so muss er eine entsprechende Umverteilung von Gewinnen und Einkommen bewerkstelligen. Nur ist nicht einsehbar, warum das nur über bezahlte Erwerbsarbeit möglich sein soll und nicht auch darüber, dass allen Menschen ein Grundeinkommen, das Teilhabe sichert, bedingungslos gezahlt würde und ansonsten auf Initiative und Solidarität der Einzelnen in der Gesellschaft gesetzt würde. Warum sollten zwischenmenschliche Beziehungen besser funktionieren oder zuverlässiger sein, wenn sie über bezahlte Arbeit hergestellt werden als wenn sie aus eigener Einsicht in die Notwendigkeit oder aus Freude am Tun und Helfen entstehen? Im Gegenteil, Kreativität, Einsatzfreude, Ernsthaftigkeit werden steigen, je mehr die Beteiligten das tun können, was sie selbst für richtig halten. Ich spreche mich nicht grundsätzlich gegen Bezahlung aus. Sie wird sicher für lange Zeit noch nötig sein, um bestimmte Angebote gesellschaftlich dauerhaft absichern zu können. Als alleiniger Weg aber, als Strategie zur Herstellung von Gesellschaft ist sie der Freiwilligkeit unterlegen.

Dazu kommt, dass sie illusionär ist, und zwar gleich doppelt: Sie kann nicht weltweit umgesetzt werden und es kein politischer Akteur denkbar, der sie umsetzen möchte. Da „Vollbeschäftigung“ kein objektiver Begriff, sondern immer Gegenstand von Definition ist, hier zunächst ein paar Bemerkungen dazu. Die europäische Union hat in ihrem Lissabon-Gipfel im März 2000 eine Marge von 70 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung (d. h. derer, die älter als 15 und jünger als 65 Jahre sind) in Beschäftigung als „Vollbeschäftigung“ definiert (EU Nr. 30). In der BRD gibt es demnach gut 55 Mio. Erwerbsfähige, knapp 39 Mio. wären also davon 70 Prozent, real wurden gut 38 Mio. Erwerbstätige gezählt – Vollbeschäftigung, hurra! Darunter sind 27 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der Rest sind Beamte (2,3), Selbstständige (4,1) und geringfügig Beschäftigte (4,8). Weltweit funktioniert das auch: Laut UN-Statistiken gab es Mitte 2004 knapp 6,4 Mrd. Menschen auf der Welt; davon waren 30 Prozent unter 15 und 7 Prozent über 65 Jahre alt, verblieben etwa 4 Mrd. Erwerbsfähige. Erwerbstätig waren laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) 2,8 Mrd. = 70 Prozent. Bingo! Dabei sagt die ILO selbst, dass „Beschäftigung“ und „Nichtbeschäftigung“ über die Lebenssituation der Leute nicht viel aussagen: „In developing countries most people simply cannot afford to be unemployed.“ (ILO unnummerierte S. 1) Tatsächlich lebt knapp die Hälfte der „Beschäftigten“ weltweit unterhalb der UN-Armutsgrenze von zwei US-Dollar täglich.

Mit diesen etwa drei Milliarden Menschen haben wir es hier zu tun. Was könnte für die Vollbeschäftigung heißen? Sie stellen ihre Gebrauchsgüter im Wesentlichen selbst her, leben von Subsistenzlandwirtschaft oder ähnlichem. In solchen Gesellschaften haben die Leute immer etwas zu tun, d. h. sie arbeiten so lange, wie sie können und müssen, damit genügend Güter zur Verfügung stehen. „Vollbeschäftigung“ im Sinne unserer oben geführten Diskussion kann im Unterschied dazu nur heißen, dass alle diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, das auch erfolgreich bewerkstelligen können. Wie die Verrenkungen der ILO zeigen, ist der Begriff überhaupt nur sinnvoll anzuwenden, wenn wir von kapitalistischen Arbeitsmärkten reden. Und die Wahrscheinlichkeit, dass diese Menschen darauf bald angewiesen sein werden, ist hoch. Nach Schätzungen könnte die Produktmasse, die sie herstellen, von etwa 50 Millionen Beschäftigten in moderner Landwirtschaft produziert werden (Roth S. 35).

Für 70 Prozent derjenigen von ihnen, die als erwerbsfähig gelten, also ganz grob gerechnet deutlich über eine Milliarde Menschen, müssten folglich Arbeitsplätze in der formalen

Ökonomie geschaffen werden. Unbedingte Voraussetzung dafür wäre, dass das Produkt, das sie herstellen könnten, sich verkaufen lässt, also auf kaufkräftige Nachfrage stößt. Das ist offensichtlich völlig ausgeschlossen, existiert doch schon jetzt weltweit ein massives Überangebot an Gütern, dem keinerlei Kaufkraft entspricht. Wer sollte also heute in immensem Umfang neue produktive Arbeitsplätze anbieten, wenn klar ist, dass die Waren und Dienstleistungen sich nicht absetzen lassen? Es gibt offensichtlich keinerlei Kapitalgruppen, die ernsthaft unter einem Mangel an Arbeitskräften und Produktionskapazitäten leiden, so dass sie die Freigesetzten aufnehmen könnten. Im Gegenteil gelingt es weitgehend, die Lohnabhängigen weltweit so in Konkurrenz miteinander zu setzen, dass die massenhafte Wiederetablierung von prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeitverlängerungen auch in den industriellen Zentren möglich wird. Die so erreichte Veränderung der Kräfteverhältnisse schafft die Voraussetzungen zur Durchsetzung umfassender Rationalisierungen und damit auch Gewinnsteigerungen.

Das Kapital selbst fällt als Betreiber einer weltweiten Vollbeschäftigungsstrategie also aus. Blicke der Staat. Das ist ja auch die Hoffnung, die von entsprechenden Autoren immer vertreten wird. Der Staat allerdings tritt immer im Plural auf und steht mit „seinen“ Unternehmen gemeinsam in Konkurrenz zu den anderen Staaten und „ihren“ Unternehmen. Warum sollte da einer massiv in die inländischen Gewinne eingreifen, um Beschäftigung zu finanzieren, die international die Wettbewerbssituation der Unternehmen schwächt? Für ein Grundeinkommen dagegen könnte es Szenarien geben, die auch mit den Interessen der Wirtschaft kompatibel wären. So argumentiert etwa Götz Werner, selbst erfolgreicher Unternehmer, für ein umsatzsteuerfinanziertes Grundeinkommen. Das hätte den Vorteil, dass es inländische Unternehmen von den direkten Belastungen befreite, während die ausländischen, die in ein Land importieren möchten, dort die Umsatzsteuer ebenfalls entrichten müssten (Werner). Andere Überlegungen gehen davon aus, dass das Grundeinkommen ein „ausgleichendes Element der Sozialpolitik“ sein könnte, das die inneren Widersprüche der neoliberalen Globalisierung zügeln und umfassende Gesellschaftlichkeit (wieder) herstellen könnte (Exner; Rätz; Zenker S. 204). Auch der Vordenker der modernen Grundeinkommensidee, der Philosoph und Ethiker Philippe van Parijs, argumentiert mit realpolitischen Kräften, die ein Interesse an der Verwirklichung eines Grundeinkommens haben könnten. Er sieht darunter Beschäftigte wie Erwerbslose, vor allem in grünen und linken Parteien und Organisationen. (Vanderborght; van Parijs S. 105ff)

Eine zweite, mir näher stehende Argumentationslinie betont allerdings die systemsprengenden Möglichkeiten, die in der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens liegen. Da wird der Vorschlag eher als Beitrag „zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigstens eine andere Richtung einschlägt“ (Rätz; Seibert S. 254), verstanden. Ein Grundeinkommen, das über die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung hinausweist, müsste gegen die Interessen derer durchgesetzt werden, die von derselben profitieren. Es spricht zwar manches dafür, dass es einzelne Branchen oder Kapitalgruppen geben könnte, die am Zusammenhalt der Gesellschaft durchaus interessiert sind und die damit Verbündete für die Einführung eines Grundeinkommens sein könnten. Da ist vor allem an diejenigen zu denken, die auf Nähe zu ihren Kunden und deren Kaufkraft angewiesen sind, die also nicht einfach auf die globalen Märkte ausweichen können. Insgesamt aber würde ein Grundeinkommen, das eine Umverteilung von oben nach unten, und das im globalen Maßstab, anstrebte, aber auf Widerspruch seitens herrschender Interessen stoßen. Letztlich würde beides, Grundeinkommen wie Vollbeschäftigung, nur gegen massive Interessen des Kapitals im Weltmaßstab durchgesetzt werden könnten. Eine Bewegung, die über solche Kraft verfügte, könnte sich aber sicherlich auch mehr vornehmen als nur die

etwas gerechter verteilte Erlaubnis, in der kapitalistischen Treitmühle entfremdete Arbeit verrichten und Mehrwert produzieren zu dürfen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann also, muss aber nicht, ebenso innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung wie im globalen Maßstab gedacht werden. Beides gilt für die Vollbeschäftigung nicht. Sie war offensichtlich eine historische Ausnahme, die zudem in ihrer Ausdehnung höchst begrenzt war. Das gilt nicht nur regional – Vollbeschäftigung gab es nur in den entwickelten westlichen Industriestaaten – sondern auch innerhalb dieser Gesellschaften selbst. Im Wesentlichen arbeiteten die Männer, Vollbeschäftigung war „nur eine männliche Teilrealität, sozusagen eine halbierte Realität“ (Wichterich S. 95). Die Teilnahme an der kapitalistischen Erwerbsarbeit war Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und stand keineswegs allen offen. Wer dauerhaft nicht arbeiten konnte oder wollte, wurde zum Objekt repressiver Fürsorge. Wer nicht arbeiten sollte, blieb trotzdem von der Arbeit anderer abhängig: Die alten und kranken "Arbeitskräfte" von den jungen und gesunden, die Kinder von den Vätern und die Frauen von den Männern. Alles, jeder Anspruch war über die Arbeit geregelt, Arbeitszwang wie Arbeitsverbot waren umfassend. Noch bis in die 1970er Jahre hinein bedurften verheiratete Frauen in Deutschland zur Aufnahme von Erwerbsarbeit der schriftlichen Zustimmung ihrer Ehemänner.

Überhaupt hat die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung eine überragende Bedeutung in der Gestaltung des traditionellen Sozialstaats. Als "Arbeit" gilt wie oben dargestellt nur, was ökonomischen "Wert" hervorbringt oder umverteilt. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Produkte und Dienstleistungen einen gesellschaftlichen Sinn haben, ob die geleistete Arbeit notwendig und unverzichtbar ist oder nicht. Die Produktion von schädlichen oder nutzlosen Dingen ist in diesem Sinne "Arbeit", wenn sie sich auf dem Markt verkaufen lassen. Die Erziehung von Kindern, die Pflege von kranken Angehörigen, das Putzen der Wohnung oder das Kochen eines Mittagessens sind es nicht. Das ist in sich logisch, weil an dem einen Vorgang jemand beteiligt ist, der dabei verdient, bei dem anderen nicht. Da aber entlang dieser Grenze ein Großteil der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung läuft, wird so die Tätigkeit von Frauen systematisch entwertet. Den fürsorgenden Sozialstaat gab es nur auf der Basis der Ungleichheit der Geschlechter. Er bedeutete die Einbindung der Frauen in die Rolle der "Reservearmee", deren Arbeitskraft nach und bei Bedarf abgerufen werden konnte, aber systematisch entwertet blieb. Sie waren von der Erwerbstätigkeit ebenso wie von Ansprüchen an die Sozialsysteme zumindest aus eigenem Recht weitgehend ausgeschlossen und zuständig für die – natürlich unbezahlte – soziale Reproduktion. (Rätz 2004)

Im Fortgang der Geschichte ergab sich daraus eine weitere wesentliche Rolle von Frauen in der kapitalistischen Ökonomie: Da sie im alten Sozialstaat lediglich "zuverdienten" zum "Hauptverdiener", arbeiteten sie für wenig Geld. In dieser Rolle blieben sie bis heute und ebneten damit den Weg zum allgemeinen Billiglohn, der vielleicht gerade mal, vielleicht auch nicht, die Kosten des eigenen Überlebens deckt. Dieser Aspekt wiederholt sich unter einem globalen Gesichtspunkt. Weltweit wurde das nördliche Wohlstandmodell nur möglich, weil aus dem Süden Reichtümer nach hier flossen. Wie zwischen Männern und Frauen im entwickelten Kapitalismus blieb zwischen Nord und Süd die Arbeit ungleich gewichtet und war von Ein- und Ausschlüssen gekennzeichnet. Und wie dort, so wird auch hier über partielle Einschlüsse der Weg in die allgemeine, weltumspannende Unsicherheit aller Lebensverhältnisse, in die so genannte Prekarität, geebnet. Die Arbeitsbedingungen von meist weiblichen Beschäftigten in den Weltmarktfabriken in Mittelamerika oder Asien sind heute das Vorbild, nach dem sich der neoliberale Umbau genau mit dem Argument der Integration in den Arbeitsmarkt richtet. Der weiße Ernährer-Ehemann ist durchaus paradigmatischer

Träger beider Ausschluss- und monetär nicht bewerteter Ausbeutungsebenen, der innergesellschaftlich-geschlechtlichen und der global-rassistischen. Auf eine solche Vollbeschäftigung sollten wir auch dann verzichten, wenn sie denn durchsetzbar wäre.

Auch die Kämpfe und Auseinandersetzungen, die um soziale Sicherheit tatsächlich weltweit stattfinden, zielen kaum irgendwo auf solche Formen der Vollbeschäftigung. Natürlich versuchen Regierungen in der internationalen Standortkonkurrenz Unternehmen zur Anziehung zu bewegen. Natürlich bewerben sich massenhaft arme und ärmste Menschen, wenn irgendwo eine Weltmarktfabrik aufmacht, Einkommen anbietet, und seien die noch so miserabel. Eine emanzipatorische Perspektive sieht darin niemand. Auch der reale Beitrag solcher Maßnahmen zum Einkommen der Menschen in den arm gemachten Ländern bleibt bescheiden. Dagegen haben allein im Jahre 2005 die legalen und illegalen Migrantinnen und Migranten aus den Ländern des Südens 167 Milliarden US-Dollar dorthin überwiesen – so die offiziellen Zahlen des Weltbevölkerungsberichts (DSW). Vermutlich liegen die wirklichen Beträge weit darüber, weil vor allem illegalisierte Personen oft weder die Möglichkeit noch das Vertrauen haben, offizielle Überweisungswege zu nutzen. In immer mehr Ländern wird deshalb die politische Debatte um reale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum geführt. Grundeinkommenskampagnen entstehen in mehreren Ländern der Dritten Welt und beteiligen sich intensiv an diesen Überlegungen (z.B. Zimmermann).

Im Rahmen des Basic Income Earth Network (BIEN) wird diese Debatte inzwischen weltweit geführt. Sie wird von niemandem als Alternative zwischen Arbeit und Grundeinkommen begriffen. Arbeit im Sinne menschlicher Tätigkeit, der aktiven und kreativen Auseinandersetzung mit der Welt um uns herum, ist unverzichtbar. „Kein Mensch kann ‚nix‘ tun“ (Klimenta Folie 14). Es geht darum, auf welches Motiv für das Tun wir zukünftig setzen wollen. Und das hat dann wieder sehr eng mit dem Menschenbild zu tun, das wir haben. Ist es so, dass wir fürchten, Menschen würden sich um alle Aufgaben drücken, wenn sie nicht mehr unter Zwang stehen, oder sind nicht vielmehr reale Handlungsalternativen die Voraussetzung für jegliche Freiheit – und damit auch für die „Freiheit Bindungen einzugehen und soziale Verantwortung zu übernehmen“? (Bücheler; Wohlgenannt Teil I,1.2) In der Arbeitsgesellschaft war der Platz und die Aufgabe eines jeden ziemlich klar umschrieben. Diese festen Identitäten lösen sich allmählich auf. Sie werden oft durch Unsicherheit, Existenzangst und soziale Perspektivlosigkeit ersetzt. Die Antwort, die uns staatliche Sozialpolitik seit langem darauf gibt, bündelt sich paradigmatisch in dem Wort Ich-AG: Werde Unternehmerin deiner selbst! Erfinde, produziere und vermarkte dich täglich neu! Hole alles aus dir heraus, was du kannst, und wirf es auf den Markt! Es ist verständlich, dass viele dagegen Sturm laufen. Es kann keine Perspektive zu einer freien und gerechten Gesellschaft darin liegen, dass die ganze Persönlichkeit auf dem Markt angeboten werden muss.

Der Wiener Philosoph Karl Reitter argumentiert, dass genau darin auch eine Chance liegt (Reitter S. 121). Wenn die Normalität des alten Sozialstaates, die Frauen, Migrantinnen und viele sonst ausgrenzte, sich als erfundene Normalität erweist, wenn arbeitshierarchische Ordnung und Platzanweisung nicht mehr funktionieren, besteht dann nicht die Möglichkeit, soziale Absicherung so zu organisieren, dass sie unterschiedlichen Lebenslagen, Arbeitsverhältnissen und Arbeitsformen Rechnung trägt? Oder, wie unsere attac-AG Genug für alle es formuliert: „Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch“ (attac). Das wäre dann zwar noch nicht die Einlösung, aber doch ein Schritt hin zum alten Ziel einer Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW Band 4 S. 482).

## Literatur

Attac AG Genug für alle, Diskussionspapier zum bedingungslosen Grundeinkommen, [http://www.attac.de/genug-fuer-alle/neu/media/download\\_gallery/BGEAnsicht.pdf](http://www.attac.de/genug-fuer-alle/neu/media/download_gallery/BGEAnsicht.pdf)

Basic Income Earth Network (BIEN), <http://www.etes.ucl.ac.be/BIEN/Index.html>

Irene Becker; Richard Hauser, Dunkelziffer der Armut, Berlin 2005.

Fridhjoef Bergmann, Neue Arbeit, Neue Kultur, Freiamt 2004

Herwig Büchele; Lieselotte Wohlgenannt, Grundeinkommen ohne Arbeit, Wien 1985

Ronald Blaschke, Weniger arbeiten! In: Ronald Blaschke; Jürgen Leibiger, Arbeitszeitverkürzung. Begründungen, Probleme, Lösungsansätze, Leipzig 2004, S. 11- 81

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), Weltbevölkerungsbericht, Hannover 2006

Martin Dieckmann, Der Grund der Rechte, [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak502/13.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak502/13.htm)

Kai Ehlers, Grundeinkommen für alle. Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft, Dornach 2006

Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW Bd.2, S.225 – 506

Wolfgang Engler, Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2005

Europäische Union (EU), Die Strategie von Lissabon  
[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm)

Andreas Exner, Geld ist genug da! Essen kann man's trotzdem nicht, in: Lohoff et aliae, a.a.O., S. 251 - 267

Andreas Exner; Werner Rätz; Birgit Zenker (Hrsg), Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien 2007

Füllsack, Manfred, Leben ohne zu arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens, Berlin 2002

Axel Gerntke, Erwerbsarbeit demokratisieren statt ignorieren!, in: Axel Gerntke; Werner Rätz; Claus Schäfer, Einkommen zum Auskommen. Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen, Hamburg 2004, S. 61 – 69

André Gorz, Wissen, Wert und Kapital, Zürich 2004

Reimer Gronemeyer, Der faule Neger, Reinbek 1991

International Labour Organization (ILO), World Employment Report 2004-2005. Productivity Growth, Employment Creation and Poverty Reduction, Berlin 2005

Harald Klimenta, Foliensätze zu zentralen attac-Themen. Grundeinkommen, <http://www.attac.de/service/downloads/pages/foliensaeetze.php>

Michael Krätke, Steuern und Grundrechte: Das Recht auf ein Existenzminimum, in: Utopie kreativ Heft 196 (Februar 2007), S. 109 – 125

Daniel Kreutz, „Bedingungsloses Grundeinkommen“ – Kritik und Alternativen [http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/bge\\_kreutz.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/bge_kreutz.html)

Gruppe Krisis, Manifest gegen die Arbeit, Erlangen 1999

Ernst Lohoff, Arbeitsterror und Arbeitskritik, in: Ernst Lohoff; Norbert Trenkle, Maria Wölflingseder; Karl-Heinz Lewed (Hg), Dead Man Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs, Münster 2004, S. 285 – 302

Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Marx Engels Werke Band 4, S. 457 - 493

Dies., Das Kapital Band I, MEW Band 23

Dagmar Paternoga, Die Krise als Chance für Frauen und Männer?, in: Exner; Rätz; Zenker, a.a.O. S. 37 - 45

Moishe Postone, Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg 2003

Werner Rätz, Es ist wirklich genug für alle da, in: Gerntke; Rätz; Schäfer, a.a.O. S. 83 – 93

Ders., Es ist genug für alle da, in: Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit, Armes reiches Deutschland. Jahrbuch Gerechtigkeit I, Frankfurt 2005, S. 141 – 145

Werner Rätz; Dagmar Paternoga; Werner Steinbach, Grundeinkommen: bedingungslos, Hamburg 2005

Werner Rätz; Thomas Seibert, Fünfzehn Thesen zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu auswegloser Lage wenigstens eine andere Richtung einschlägt, in: Andreas Exner; Judith Sauer; Pia Lichtblau; Nora Hangel; Veronika Schweiger; Stefan Schneider, Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft, Münster 2005, S. 254 – 262

Karl Reitter, Vom Fordismus zum Postfordismus. Formen der Arbeit und soziale Organisation, in: Exner et aliae, Losarbeiten – Arbeitslos, a.a.O, S. 106 – 122

Karl Heinz Roth, Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg 2005

Michael Schlecht, <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/linkskritik.html>

Norbert Trenkle, Aufstieg und Fall des Arbeitmannes, in: Exner; Rätz; Zenker a.a.O. S. 102 - 110

Yannick Vanderborght; Philippe van Parijs, Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlages, Frankfurt 2005

Götz W. Werner, Einkommen für alle, Köln 2007

Christa Wichterich, Prekär arbeiten, prekär leben. Prekarisierung ist Teil neoliberaler Politik und konzerngesteuerter Strategie, in: Exner; Rätz; Zenker, a.a.O. S 94 - 100

Clovis Zimmermann, Die Einführung des Grundeinkommens im Kontext der brasilianischen Sozialpolitik, in: Exner; Rätz; Zenker, a.a.O. S. 211. 221